

Kantonskanzlei
Parlamentsdienst
Regierungsgebäude
9102 Herisau

Eingegangen am:
16. Sep. 2019
Kantonskanzlei

Annette Joos
Höhenweg 23
9100 Herisau

Herisau, 13. Sept. 2019

Fragestunde vom 28. Oktober 2019

Löhne für junge bzw. neu einsteigende Lehrerinnen und Lehrer

Sehr geehrter Herr Landammann

Sehr geehrte Herren Regierungsräte

Die Gesetzgebung zur Volksschule in Appenzell Ausserrhoden wird zurzeit vollständig revidiert. Im Jahr 2022 soll die Revision abgeschlossen sein. Die Schülerzahlen in Appenzell Ausserrhoden nehmen – wie in der ganzen Schweiz – deutlich zu. Dies bedeutet, dass in den nächsten Jahren auch die Anzahl der Stellen der Lehrpersonen erhöht werden muss. Dabei zeichnet sich bereits jetzt ein Mangel an Lehrkräften ab. Sowohl am Anfang wie am Ende der Laufbahn einer Lehrperson bietet Appenzell Ausserrhoden keine guten Bedingungen. Während für das Thema Altersentlastung auf die Revision der Gesetzgebung verwiesen wird, ist das Thema Löhne von Junglehrerinnen und Junglehrern bzw. von neu einsteigenden Lehrpersonen nicht thematisiert worden, obwohl Appenzell Ausserrhoden gemäss Appenzeller Zeitung vom 31. Mai 2019 an letzter Stelle der Kantonsrangliste der Besoldungen steht. Damit unser Kanton auch für junge Lehrpersonen attraktiv bleibt bitte ich den RR um Beantwortung folgender Frage:

Frage:

Ist der Regierungsrat bereit, die Besoldungsverordnung im Bereich Einstiegsgehälter vorzuziehen, d.h. vor der Totalrevision der Schulgesetzgebung anzupassen bzw. sieht der RR andere Möglichkeiten, die Rahmenbedingungen im Kanton für junge Lehrerinnen und Lehrer attraktiver zu gestalten?

Besten Dank für die Beantwortung meiner Frage.


Annette Joos

Peter Gut
Kantonsrat
Städeli 777
9428 Walzenhausen

Kantonskanzlei des Kantons AR
Büro des Kantonsrates
Frau Dr. Sabrina Baumgartner
Regierungsgebäude
9102 Herisau

Walzenhausen, 16. September 2019

Kantonsratssitzung vom 28. Oktober 2019

Informations- und Fragestunde: Bearbeitung der Motion 'Ombudsstelle' durch den Regierungsrat

Sehr geehrter Herr Landamman
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 11. Juni 2018 hat der Unterzeichnende die Motion «Ombudsstelle» eingereicht. Diese wurde von 40 Mitgliedern des Kantonsrates mitunterzeichnet.

Am 29. Oktober 2018 wurde diese nach der mündlichen Begründung durch den Motionär und der Beantwortung durch Landammann Signer vom Rat nach Diskussion mit 37:23 Stimmen bei 3 Enthaltungen gegen den Willen der Regierung für erheblich erklärt.

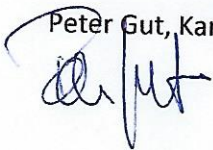
Gemäss Art. 58 Kantonsratsgesetz wird der Regierungsrat durch eine erheblich erklärte Motion beauftragt, den Entwurf für eine Änderung der Kantonsverfassung oder für den Erlass oder die Änderung von Gesetzen, kantonsrätlichen Verordnungen und Beschlüssen vorzulegen.

Mündlich hat der Regierungsrat in diesem Zusammenhang auf die laufenden Arbeiten zur Totalrevision der Kantonsverfassung verwiesen. So entstünde ein zeitlicher Horizont bis mindestens 2021 für eine Umsetzung der Motion. Dabei ist jedoch anzumerken, dass geplant ist, die Regelung eines Verfassungsvorbehaltes unverändert beizubehalten, womit die Notwendigkeit einer vorgängigen Anpassung der Verfassung für eine Umsetzung des Anliegens der Motion schlicht nicht gegeben ist. Daher stelle ich folgende Fragen:

1. Bis wann gedenkt der Regierungsrat dem Kantonsrat das Geschäft zur weiteren Beratung vorzulegen?
2. Ist der Regierungsrat der Meinung, mit dem aktuellen Vorgehen den Willen des Kantonsrats angemessen zu respektieren?

Besten Dank für die Beantwortung.

Peter Gut, Kantonsrat pu



Judith Egger
Seeblickstrasse 45
9037 Speicherschwendi
071 344 10 24
egger.judith@bluewin.ch



Sozialdemokratische Partei
Kanton Appenzell Ausserrhoden

Büro des Kantonsrats
Kantonskanzlei des Kantons A. Rh.
Regierungsgebäude
9102 Herisau

Speicher, 23. September 2019

FRAGE- und INFORMATIONSTUNDE vom 28. Oktober 2019

Sehr geehrter Herr Landammann
Sehr geehrte Herren Regierungsräte

Ein Vergleich der Geschäftsplanung des Kantonsrates vom 09. September 2019 mit den Sach- und Terminplanungen des Regierungsrates der vergangenen Jahre zeigt, dass wichtige Gesetzeserlasse teils eklatant in Verzug sind. Beispielsweise ist bereits in der Planung des Regierungsrates 2012–2016 die Totalrevision des Gesetzes über die politischen Rechte (geplante Inkraftsetzung 2015) aufgeführt, ebenso die Totalrevision des Polizeigesetzes (geplante Inkraftsetzung 2016) oder das Behindertenintegrationsgesetz, das eine Umsetzung eines Bundesgesetzes aus dem Jahr 2006 darstellt. Diese Gesetzesvorhaben haben bis dato noch nicht einmal die Stufe der Vernehmlassung erreicht.

Frage

Inwiefern spielen mangelnde Ressourcen eine Rolle bei den Verzögerungen und mit welchen Massnahmen gedenkt der Regierungsrat, dem Gesetzesstau entgegenzuwirken?

Freundliche Grüsse

Judith Egger, Speicher



Werner Rüegg
CVP Kantonsrat AR
Untere Sonnenbergstrasse 4
9410 Heiden

Heiden, 27.09.2019

Kantonskanzlei
Regierungsgebäude
9102 Herisau

**Frage- und Informationsstunde / Kantonsrats-sitzung vom 28. Oktober 2019
Verschärfung der Klimaziele 2050 durch den Bundesrat**

Sehr geehrte Frau Kantonsratspräsidentin
Sehr geehrter Herr Landamman
Sehr geehrte Herren Regierungsräte

Die Schweiz soll bis 2050 klimaneutral werden. Um dies zu erreichen hat der Bundesrat auf Basis neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse entschieden, das bisherige Ziel zu verschärfen.

Wie will der Regierungsrat diese Verschärfungen im Kanton umsetzen?

Was für Massnahmen müssten ergriffen werden um die Klimaziele 2050 früher zu erreichen und somit ein positives Zeichen zu setzen?

Vielen Dank für die Beantwortung.

Freundliche Grüsse

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'W. Rüegg', is placed below the text 'Freundliche Grüsse'.

Werner Rüegg
CVP Kantonsrat AR



Werner Rüegg
CVP Kantonsrat AR
Untere Sonnenbergstrasse 4
9410 Heiden

Heiden, 28.09.2019

Kantonskanzlei
Regierungsgebäude
9102 Herisau

Frage- und Informationsstunde / Kantonsratssitzung vom 28. Oktober 2019
Heizungersatz kein Wandel erkennbar

Sehr geehrte Frau Kantonsratspräsidentin
Sehr geehrter Herr Landamman
Sehr geehrte Herren Regierungsräte

Leider setzen die Ausserrhoder Hausbesitzer bei einem Heizungersatz, trotz einem Förderprogramm durch den Kanton, weiterhin auf fossile Energieträger. Irgendwie scheint dieses Programm leider noch nicht richtig zu greifen.

Ist der Regierungsrat bereit, mehr in dieses Programm zu investieren, sei es in der Werbung oder einer höheren Förderung?

Wie weit ist der Kanton bei den eigenen Gebäuden mit dem Ersatz von fossilen Heizungen?

Gibt es für die Kantons- und Gemeindeliegenschaften eine Übersicht, was für Heizungstypen eingebaut sind?

Wenn nein, ist der Regierungsrat bereit solch eine Übersicht mit dem Zeitpunkt eines Ersatzes zu injizieren?

Vielen Dank für die Beantwortung.

Freundliche Grüsse

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'W. Rüegg', is placed below the printed name.

Werner Rüegg
CVP Kantonsrat AR